



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 16.01.2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 19. Januar 2026

Fokusthema: **Bildung**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Wahl eines neuen Mitglieds der STGK die Detailberatung zu Änderungen im Bildungsgesetz betreffend Stipendiengesuche fortsetzen. Auf diese voraussichtlich längere Debatte wird eine ausführliche Diskussion zur Anpassung des Berufsauftrags im Lehrpersonalgesetz und in der Lehrpersonalverordnung folgen. Je nach Dauer dieser Debatte wird der Rat auch noch über die Genehmigung der Eigentümerstrategie der Universität Zürich und die Abschreibung zweier Postulate befinden.

Stipendiengesuche sollen speditiver abgewickelt werden

Ausführlich debattieren dürfte der Rat über eine Änderung des Bildungsgesetzes, obschon die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) einstimmig beantragt, das Gesetz so zu ändern, dass Stipendiengesuche speditiver abgewickelt werden ([5982](#)). Nachdem der Rat im vergangenen November die Eintretensdebatte geführt und einen Rückweisungsantrag mit 98 zu 73 Stimmen abgelehnt hatte, begann er letzte Woche mit der Detailberatung, in der er die Paragraphen 16 und 17 behandelte. Am Montag wird der Rat die Beratung fortsetzen. Die vom Kantonsrat 2015 beschlossene Stipendienreform hat ihre Ziele erreicht – mit Ausnahme der administrativen Vereinfachung. In der Folge wurden zwei Motionen mit derselben Stossrichtung eingereicht (KR-Nrn. 387/2022 und 388/2022). Die Vorlage der Regierung deckt das Anliegen mit verschiedenen Massnahmen ab und die Mehrheit der KBIK unterstützt diese wie vorgeschlagen. Die Diskussion in der Kommission führte allerdings über die Verschlinkung der Verfahren hinaus und mündete in verschiedene Minderheitsanträge zum System der Ausbildungsbeiträge an sich. So werfen etwa die Abschaffung der Darlehen bis zum 35. Altersjahr und der generelle Verzicht auf eine Verzinsung für FDP und SVP grundsätzliche politische Fragen auf. Die SP fordert unter anderem, dass Ausbildungsbeiträge nur noch als Stipendien und bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres ausgerichtet werden, und die Grünen lehnen Stipendien und Darlehen mit erhöhter Eigenleistung ab.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Minderheit FDP und SVP: Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Minderheit SP: Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44

Minderheit Grüne: Livia Knüsel (Grüne, Schlieren), 076 576 09 22

Neuer Berufsauftrag für Lehrpersonen soll geändert werden

Eine längere Diskussion ist zum neuen Berufsauftrag für Lehrpersonen im Lehrpersonalgesetz (LPG) zu erwarten. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, den Berufsauftrag anzupassen ([5966](#)), die Änderung der Lehrpersonalverordnung soll indes abgelehnt werden ([5967](#)). Der Regierungsrat will nach einer externen Evaluation den «neuen Berufsauftrag» in vier Punkten verbessern: Die Klassenlehrpersonen sollen gestärkt werden, indem deren Stundenpauschale (KLP) von mindestens 100 auf mindestens 120 Stunden im Jahr erhöht wird. Um den Bedarf an Lehrpersonen besser zu decken, soll der minimale Beschäftigungsgrad von 35 auf 40 Prozent erhöht werden. Auch zwei administrative Massnahmen sollen entlastend wirken: Die Tätigkeitsbereiche «Schule», «Zusammenarbeit» und «Klassenlehrpersonen» sollen zusammengelegt und die Zeiterfassung der Tätigkeitsbereiche aufgehoben werden. Die Kommissionsmehrheit begrüsst die vorgeschlagenen Anpassungen beim neuen Berufsauftrag. Die mit den verbesserten Arbeitsbedingungen einhergehenden Mehrkosten seien in Kauf zu nehmen. Die Minderheit der

Kommission (SVP, FDP, Mitte) findet, eine umfassende Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller Lehrpersonen sei nicht notwendig. Die Massnahmen brächten hohe Kosten bei wenig Nutzen für die Bildungsqualität. Sie beantragt daher, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Im strittigsten Punkt der Vorlage einigte sich die KBIK-Mehrheit auf einen Lektionenfaktor von 59 Stunden und eine Pauschale für Klassenlehrpersonen von 160 Stunden pro Jahr. Dies würde zu Mehrkosten von 83 Millionen Franken führen, wovon 17,7 Millionen auf den Kanton und 67,3 Millionen Franken auf die Gemeinden entfielen. Zum Lektionenfaktor und zur KLP wurden vier Minderheitsanträge eingereicht (Mitte und SVP: 58h/160h; SP: 62h/140h; Grüne: 58h/200h; FDP: 58h/120h). Eine weitere Minderheit (SVP) möchte in einer Verordnung regeln, wie Lektionenfaktor und Klassenlehrpauschale in Vollzeiteinheiten pro Schulstufe umgerechnet werden. Weitere Minderheitsanträge (SVP, FDP) betreffen die vollständige Gleichstellung des Lehrpersonals mit dem übrigen kantonalen Personal, die Erhöhung des Beschäftigungsgrades auf mindestens 50 Prozent (FDP, SVP) und eine Abhängigkeit der Zeitpauschale für Klassenlehrpersonen vom Beschäftigungsgrad (FDP, SVP).

Die Regierung beantragt zur Verbesserung des «neuen Berufsauftrags» auch eine Änderung der Lehrpersonalverordnung in drei Punkten: Die Schulleitungen sollen in eine höhere Lohnkategorie eingestuft und ihre zeitlichen Ressourcen ausgebaut werden. Zudem sollen Lehrpersonen in der Berufseinführung mehr Zeit für den Bereich Unterricht erhalten. Die Mehrheit der Kommission lehnt die beantragte Änderung der Verordnung ab. Grund sind vor allem die Mehrkosten für Kanton und Gemeinden durch die höhere Einstufung der Schulleitungen. Diese Löhne seien bereits heute hoch, so die Kommissionsmehrheit. Die Minderheit (EVP, SP, Grüne) beantragt die Änderung der Verordnung zu genehmigen.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Minderheit Lehrpersonalgesetz: Tobias Infortuna (SVP, Egg), 079 667 71 01

Minderheit Lehrpersonalverordnung: Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon), 079 355 08 09

Eigentümerstrategie der Universität Zürich soll genehmigt werden

Nachdem der Kantonsrat letzte Woche der Verankerung einer Eigentümerstrategie (ES) im Fachhochschulgesetz zugestimmt hat, wird er sich am Montag mit der ES der Universität Zürich beschäftigen. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt mit 12 zu 3 Stimmen, die ES zu genehmigen ([6045](#)). Aus Sicht der Kommissionsmehrheit genügt die ES den mit der Vorlage 5867 im Universitätsgesetz verankerten Vorgaben, welche die Wissenschaftsfreiheit und die Autonomie der Hochschule respektieren. Die Kommissionsminderheit (SP) lehnt die Genehmigung ab, ohne einen entsprechenden Antrag zu stellen. Sie ist der Meinung, die ES schaffe keine klaren Governance-Strukturen und sei zu wenig konkret.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Lehrpersonen sollen anders entlastet werden

Keine lange Debatte dürfte die Abschreibung des Postulats betreffend «Entlastung von Lehrpersonen im und ausserhalb des Unterrichts zur Steigerung der Beschäftigungsquote» auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat denn auch mit 9 zu 6 Stimmen, das Postulat direkt als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 228/2022](#)). Mit dem Postulat forderte die FDP zur Entlastung der Lehrpersonen Förderklassen für Schülerinnen und Schüler (SuS), welche den Unterricht in der Regelklasse stark behindern, Aufnahmeklassen für SuS mit ungenügenden Kenntnissen der Unterrichtssprache, die Möglichkeit der Rückstellung beim Besuch des Kindergartens um ein halbes Jahr und einen Ausbau des Zeitbudgets der Lehrpersonen für den Unterricht zulasten anderer Aufgaben. Die Mehrheit der Kommission will das Postulat abschreiben, weil sie sich den Forderungen nicht anschliessen kann und/oder weil sie einen Teil der Forderungen bereits durch Vorlagen abgedeckt sieht (6052: Förderklassen-Initiative, 5966: Neu definierter Berufsauftrag). Die

Minderheit der Kommission (FDP, SVP) beantragt, das Postulat mit einer anderslautenden Stellungnahme abzuschreiben. Darin äussert sie sich darüber ernüchert, dass die Regierung keiner der von einer grossen Mehrheit überwiesenen Forderungen nachgekommen sei.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
Minderheit: Alexander Jäger (FDP, Zürich), 076 366 23 95

Postulat zu höherem Beschäftigungsgrad in der Volksschule abschreiben

Rasch behandelt werden dürfte das Postulat betreffend «Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades in der Volksschule». Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dieses als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 229/2022](#)). Die FDP forderte damit ein finanzielles Anreizsystem für einen höheren Beschäftigungsgrad in der Volksschule und eine generelle Erhöhung des minimalen Beschäftigungsgrads der Lehrpersonen. Zum einen nimmt die Vorlage 5966 zum neuen Berufsauftrag das Anliegen eines höheren Beschäftigungsgrades von Lehrpersonen in moderater Form auf, zum anderen legte der Regierungsrat dar, dass mit den Einmalzulagen schon heute besondere Leistungen honoriert werden können.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Vorstösse zu schulergänzender Betreuung und Schulassistenten

Sollte der Kantonsrat wider Erwarten vor Sitzungsende dazu kommen, wird er Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen. SP-Kantonsrätin Carmen Marty Fässler will mit ihrer Motion betreffend «Qualität der schulergänzenden Betreuung sicherstellen» den Regierungsrat auffordern, gesetzliche Rahmenbedingungen zu erlassen, damit bei der Anstellung von Betreuungspersonen in Tagesstrukturen einheitliche Qualifikationsbedingungen gelten ([KR-Nr. 102/2025](#)). SP-Kantonsrätin Patricia Bernet fordert mit der Motion betreffend «Schulassistenten mit Kompetenz», dass auch bei (Weiter-) Anstellungen von Assistenzpersonen im schulischen Bereich einheitliche Qualifikationsbedingungen gelten ([KR-Nr. 103/2025](#)). Der Regierungsrat beantragt, die Motionen abzulehnen.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 043 377 05 38
Patricia Bernet (SP, Uster), 079 714 71 55

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht die Wahl eines neuen Mitglieds der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) an ([KR-Nr. 409/2025](#)). Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Priska Lötscher (SP, Winterthur) als Nachfolgerin von Nicola Yuste vor. Der Wahlvorschlag ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch